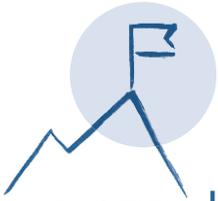
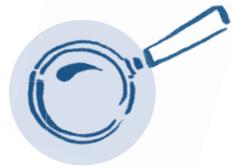


## 2 Digitaler Handel



**DAS ZIEL** In ihrer digitalen Aussenwirtschaftspolitik stellt die Schweiz Menschenrechte, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt. Sie fördert die Entwicklung von digitalen Gemeingütern, etabliert angemessene Mindestanforderungen im Datenschutz, setzt sich für faire technische Standards und den Schutz kleinerer Unternehmen und gemeinnütziger Organisationen ein und verhindert marktbeherrschende Stellungen und deren Missbrauch durch Digitalkonzerne.

### DIE AUSGANGSLAGE



Ob Musikstreaming, Clouddienste oder Anwendungen künstlicher Intelligenz (KI): Grenzüberschreitende digitale Dienstleistungen und Datenströme sind heute nicht mehr wegzudenken. Doch während die Digitalisierung unsere Wirtschaftsstruktur, unsere Arbeitsweise und unseren Alltag rapide verändert, hinkt die Politik bei ihrer Regulierung hinterher. Der Bundesrat konstatiert in seiner Strategie zur Digitalaussenpolitik nüchtern, dass grosse internationale Digitalkonzerne «den Alltag von Milliarden von Nutzerinnen und Nutzern beeinflussen», die Politik «mit diesen Entwicklungen kaum Schritt» hält und insbesondere «das internationale Regelwerk für den digitalen Raum lückenhaft» bleibt.<sup>33</sup>

Tatsächlich fehlt oft der politische Rahmen: Der Datenschutz und die Souveränität über die eigenen Daten weisen Lücken auf. Im grenzüberschreitenden Onlinehandel werden der Konsument\*innenschutz und regulatorische Standards zu oft unterlaufen. KI-Systeme monetarisieren riesige Datenmengen, ohne dass Algorithmen und Verwertungsrechte ausreichend reguliert wären. Grosse Digitalkonzerne<sup>34</sup> haben marktbeherrschende Stellungen, setzen eigene technische Standards durch und halten KMU und andere Wettbewerber klein. Viele Grosskonzerne operieren über Steueroasen und tragen im Verhältnis zu ihren Einnahmen nur wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei.

Die Schweiz setzt sich in ihrer Digitalaussenpolitik zwar für bessere und einheitlichere internationale Standards ein. In der Aussenwirtschaftspolitik, und dort vor allem in bilateralen Handelsabkommen und in der WTO, liegt die Priorität hingegen auf dem freien Marktzugang für Unternehmen und der Vermeidung von Handelshürden für kommerzielle Angebote.<sup>35</sup>

### DER WEG ZUM ZIEL



#### MENSCHENRECHTE IN DER DIGITALWIRTSCHAFT

Menschenrechte in der digitalen Welt sollten in der digitalen Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz höchste Priorität haben. Der freie Zugang zu Information und Kommunikation, informationelle Selbstbestimmung<sup>36</sup>, Schutz vor Überwachung und Manipulation, Datenschutz, Meinungsfreiheit und Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung im Internet sind dafür zentrale Bausteine, welche die Schweiz in ihrem Hoheitsbereich durchsetzen und in internationalen Verhandlungen mit Nachdruck einfordern sollte.<sup>37</sup>

## NACHHALTIGE ENTWICKLUNG STATT MARKTÖFFNUNGSDRUCK

In den WTO-Verhandlungen zum digitalen Handel sowie in bilateralen und plurilateralen Handelsabkommen ist der Erhalt von politischen Handlungsspielräumen wichtig. Statt einseitig auf Marktöffnung und Zollfreiheit zu dringen, sollte die Schweiz ihren Handelspartnern dafür die Möglichkeiten zusichern, grenzüberschreitenden digitalen Handel mit Nachhaltigkeitsanforderungen und Entwicklungszielen zu verknüpfen, z.B. mit Vorgaben für den Daten- und Technologietransfer oder den Einbezug lokaler Unternehmen. Die Handelspartner sollen nicht daran gehindert werden, ihre lokale Digitalwirtschaft und Infrastruktur zu fördern und angemessene Zölle und Steuern für digitale Produkte zu erheben. Die Schweiz sollte die Forderung vieler Partnerländer unterstützen, in der WTO zunächst die seit mehr als 20 Jahren versprochenen gerechteren Handelsregeln (Entwicklungsagenda) umzusetzen, bevor neue Verhandlungen über die Marktöffnung für den digitalen Handel aufgenommen werden.

## DIGITALE GEMEINGÜTER FÖRDERN (DIGITAL COMMONS)

In ihrer digitalen Aussenwirtschaftspolitik sollte die Schweiz nicht nur auf die kommerzielle Digitalwirtschaft fokussieren, sondern verstärkt auch digitale Systeme und Angebote fördern, die nicht kommerziell oder nicht proprietär ausgerichtet sind. Digitale Bibliotheken und Bildungsangebote, freie Software und freie Datenbanken, offene Quellcodes, Algorithmen und KI-Modelle und Programmiersprachen sowie nicht kommerzielle und offene soziale und technische Netzwerke stellen wertvolle öffentliche Gemeingüter (Commons) dar. Sie sorgen dafür, dass die Vorteile der Digitalisierung breit geteilt werden, wovon wiederum auch gewinnorientierte Unternehmen profitieren können.<sup>38</sup> Die Schweiz sollte daher internationale Kooperationen und öffentliche Investitionen in offene, allgemein zugängliche digitale Gemeingüter stärker priorisieren.

## OFFENE STANDARDS UND INTERNATIONALE KARTELLREGELN

Grosse internationale Digitalkonzerne können heute aufgrund ihrer Marktmacht ganze Bereiche der Digitalwirtschaft kontrollieren, eigene Standards durchsetzen und damit ihre privilegierte Stellung sichern. Mittelfristig sollten diese privaten Standards durch offene und international vereinbarte Standards ersetzt werden, damit alle Unternehmen und Menschen einen fairen und offenen Zugang zum Markt und zu digitalen Diensten haben. In der Aussenwirtschaft sollte sich die Schweiz darum verstärkt für öffentliche Standards sowie für internationale Kartellregeln einsetzen, die eine zu grosse Marktmacht von Digitalkonzernen verhindern und De-facto-Monopole entflechten. Betriebssysteme, E-Commerce-Plattformen, Kommunikationsnetzwerke und andere digitale Infrastrukturen müssen so reguliert werden, dass kleinere Unternehmen und Konsument\*innen nicht durch unfaire Preisgestaltung, parteiische Algorithmen, Missbrauch dominanter Marktpositionen oder andere unfaire Handelspraktiken benachteiligt werden.

## DIGITALKONZERNE GERECHT BESTEUERN

Internationale Digitalkonzerne sollten ihren fairen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben leisten. Doch die virtuelle und damit standortunabhängige Form ihrer Dienste erleichtert es ihnen heute, Unternehmenssitze und Steuersubstrat in Länder mit niedrigeren Steuern und laxerer Aufsicht zu verlagern. Die Schweiz sollte sich international für faire Steuerregeln für die Digitalwirtschaft einsetzen, damit insgesamt ein höherer Anteil der Wertschöpfungsgewinne in den öffentlichen Haushalten landet und gerechter zwischen den Ländern verteilt wird. Auch das Schweizer Steuersystem muss in diesem Sinne reformiert werden («Mit gerechter Besteuerung Ungleichheit verringern» auf Seite 21).

## UMWELTSCHUTZ UND ARBEITSRECHTE IN DER DIGITALWIRTSCHAFT STÄRKEN

Auch digitale Dienste haben eine materielle Seite. Rechenzentren und andere Hardware, ihre Energieversorgung und ihre Emissionen haben einen beträchtlichen ökologischen Fussabdruck. Und die Digitalwirtschaft birgt nicht nur viele Chancen für die Beschäftigten, sondern auch die Gefahr einer verstärkten Überwachung, Ausbeutung und Prekarisierung von Arbeit oder gar deren Verlust. In der digitalen Aussenwirtschaftspolitik sollte sich die Schweiz daher für hohe ökologische und soziale Mindeststandards einsetzen und in internationalen Abkommen sicherstellen, dass Regulierungen digitaler Dienste für ökologische, soziale und andere Gemeinwohlziele juristisch verbindlich gemacht werden oder zumindest praktisch möglich sind.

